

# Sächsisches Elbzeitung

Zeitschrift für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33327.

Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Zeitschrift für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischbäre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reflamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeiträge: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Die Frau und ihre Welt“, illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 142

Bad Schandau, Sonnabend, den 20. Juni 1931

75. Jahrgang

## Wozu solche Lügen?

Wissenschaftlich falsche Behauptungen des französischen Marineministers

Berlin, 20. Juni

In der französischen Kammer hat sich bei der Beratung des französischen Flotten-Aufrüstungsprogramms Marineminister Dumesnil Behauptungen geleistet, die nur als bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung und des französischen Volkes und Parlaments bezeichnet werden können. In Berlin ist man jedenfalls aufs höchste darüber erstaunt und befremdet, daß ein französischer Minister es wagen darf, mit völlig falschen Angaben keine Vorlage zu begründen.

So hat er u. a. erklärt, das deutsche Flottenerüstungsprogramm sehe in der Zeit von 1931 bis 1935 den Bau von acht Panzerkreuzern und acht leichten Kreuzern vor, das seien 25 Prozent mehr, als der Versailles Vertrag zugestehet.

Der Minister hat es sogar fertiggebracht, gegen diese „Vertragsverletzung“ zu protestieren. Vom Reichswehrministerium wird mit Recht erklärt, daß es unerfindlich sei, wie der Minister zu solchen Behauptungen kommen kann; denn das deutsche Erüstungsprogramm sieht bis 1935

lediglich den Bau von zwei Panzerkreuzern

vor. Wenn der Minister weiter das neue „in Bau befindliche deutsche Panzerschiff „Deutschland“ mit den französischen Kreuzern vergleicht, so kann das nur als eine weitere Irreführung bezeichnet werden. Die deutschen Panzerschiffe sind im Versailles Vertrag ausdrücklich als Ersatz der Einienerschiffe vorgesehen, so daß ein Vergleich mit den Kreuzern überhaupt nicht in Frage kommen kann.

Frankreich besitzt neun Einienerschiffe, die dem neuen Panzerschiff „Deutschland“ sämtlich artilleeristisch überlegen sind.

Im übrigen bestehen sowohl in der Größe wie in der artilleeristischen Bestückung der deutschen und französischen Schiffe starke Unterschiede. Während für Deutschland die Höchstgrenze der neuen Kreuzer 6000 Tonnen beträgt mit einem Schwerkaliber von 15 Zentimetern, können die neuen Kreuzer Frankreichs und der anderen Mächte bis zu 10 000 Tonnen groß sein mit einem Schwerkaliber von 20,3 Zentimetern.

Die Erüstbauten für die deutschen Einienerschiffe dürfen nur 10 000 Tonnen groß sein mit einem Schwerkaliber von 28 Zentimetern, während die Einienerschiffe der anderen bis zu 35 000 Tonnen groß sein dürfen mit einem Höchstkaliber von 40,2 Zentimetern.

Es bleibt also unerfindlich, wie bei derartig verschiedenen Flottenstärken der französische Marineminister in dem neuen Panzerschiff eine „Bedrohung Frankreichs“ erblicken kann, gegen die es sich durch neue Flottenbauten schützen müsse.

## Macdonalds Gegenbesuch

Berlin, 20. Juni.

Die Ankündigung des Gegenbesuchs Macdonalds und Hendersons bereits Mitte Juli hat in der internationalen Welt allgemein überrascht. Anfänglich war nämlich dieser Besuch erst für den Spätkommer vorgesehen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß einmal die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise und zum anderen die Londoner Gespräche Mellons den britischen Premierminister veranlaßt haben, zwischen den Gesprächen von Chequers und den vorgesehenen in Berlin keinen allzu großen Zeitraum verstreichen zu lassen. In Berlin ist man begreiflicherweise über den Entschluß Macdonalds außerordentlich befriedigt. Der zurzeit in Berlin stattfindende Gedankenaustausch mit den deutschen Botschaftern in den einzelnen Hauptstädten gibt willkommene Gelegenheit, die Aussprache mit den englischen Staatsmännern sachgemäß vorzubereiten.

Auf jeden Fall sieht man in dem angekündigten Besuch der englischen Minister deren Wunsch, die brennend gewordenen Probleme der Reparations- und Schuldenzahlungen so bald wie möglich zu einem Ergebnis zu führen.

Es ist kaum überraschend, daß jetzt auch in Paris der Wunsch auftaucht, es möge auch zwischen Deutschland und Frankreich eine derartige Ministerzusammenkunft stattfinden, damit nicht ein falscher Eindruck über die deutsch-französischen Beziehungen aufkomme. Der Pariser „Deuore“ will sogar wissen, daß Deutschland gleichsam auf eine französische Einladung warte. Diese Behauptung ist falsch. Wenn allerdings Frankreich den Wunsch haben sollte, sich mit deutschen Staatsmännern über die Probleme zu unterhalten, die in absehbarer Zeit das offizielle internationale Gesprächsthema sein werden, dann würde man selbstverständlich deutscherseits nicht ausweichen. Die ganze Stimmung

innerhalb der französischen politischen Kreise läßt allerdings kaum eine derartige deutsch-französische Aussprache in nächster Zeit erwarten.

## Londoner Revisionsgespräche

Amerika nicht gleichgültig.

London, 20. Juni.

„Morning Post“ meldet, daß der Beschluß Mellons, eine stehende Besprechung mit Macdonald zu haben, nach den Unterredungen gefaßt worden sei, die der amerikanische Schatzsekretär mit dem amerikanischen Botschafter in London über die allgemeine Lage in Europa und insbesondere über den kürzlichen englisch-deutschen Meinungsaustausch in Chequers hatte. Es verlautet, daß zwischen Mellon und den britischen Staatsmännern die Möglichkeiten eingehend erörtert worden seien, die sich in der nahen Zukunft entwickeln könnten, sowie die Wirkung, die sie auf die internationale Schuldenfrage haben würden. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ meint, die zahlreichen Aussprachen ließen die Annahme zu, daß die Finanzlage gewisser europäischer Länder und die mit den Reparationen und Schulden zusammenhängenden Probleme Gegenstand der Unterredungen gewesen seien. Der Eindruck sei, daß der amerikanische Schatzsekretär gegenüber den Finanzschwierigkeiten Europas nicht eine so ausgesprochene Gleichgültigkeit bezeige, wie sie bisher in amtlichen Washingtoner Kreisen zur Schau getragen worden sei.

Ueber den Inhalt der beiden Unterredungen Mellons mit Macdonald weiß „Daily Telegraph“ zu berichten, daß der Premierminister die augenblickliche Finanzlage Europas und die Wirkung dieser schwierigen Situation auf das Reparationsproblem eingehend auseinandergesetzt habe.

Das Blatt fügt hinzu, Mellon habe durch diese Darlegungen sicherlich einen klareren Eindruck von den Umständen erhalten, die zu dem Meinungsaustausch zwischen den deutschen und englischen Staatsmännern in Chequers führten. Seine Eindrücke würden zweifellos vervollständigt werden, wenn er bald in direkte Berührung mit Reichskanzler Dr. Brüning und anderen deutschen Staatsmännern käme.

„Daily Telegraph“ ist jedoch der Ansicht, daß es Mellon vielleicht Staatssekretär Stimson überlassen werde, Berlin zu besuchen. Die beiden amerikanischen Minister würden dann wohl in der Lage sein, Präsident Hoover bestimmte Anregungen zur Erwägung der drei Fragen Reparationen, Kriegsschulden und Kaufkraft des Goldes zu unterbreiten. Das Blatt legt allerdings hinzu, daß man in London keine großen Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Reparationsproblems oder auf irgendeine unmittelbare amerikanische Initiative in dieser Richtung setze.

## Bevorstehende Aktion Americas

New York, 20. Juni.

Die „Associated Press“ berichtet aus Washington, daß Hoover lebhaftes Interesse für die verwickelte europäische Finanzlage bekundet. In Washington wird auf Grund der am Freitag stattgefundenen Konferenzen vermutet, daß irgendein Schritt der Regierung bevorstehe.

Zu den in Washington am Freitag stattgefundenen Konferenzen wird weiter berichtet:

Die Wichtigkeit der Besprechungen, die Präsident Hoover am Freitag abgehalten hat, kann an den Persönlichkeiten ermessen werden, die herangezogen wurden. Der Präsident hatte zuerst eine längere Unterredung mit Staatssekretär Stimson, hierauf eine mit den Führern der beiden Senatsfraktionen und anschließend daran eine mit dem Unterstaatssekretär Mills. Der Präsident der Senatskommission für Finanzen, Smoot, ist telegraphisch nach Washington berufen worden. Hoover empfing weiter den Unterstaatssekretär A. L. E. in, der Sachverständiger für Finanzen des Außenhandels ist, und eines der ältesten Mitglieder der Finanzkommission des Repräsentantenhauses, Bacherath.

In London wird das Einreisen des Präsidenten Hoover in Zusammenhang gebracht mit der Unterredung zwischen Mellon und Macdonald. Das Eingreifen Hoovers setze weiter, daß eine wichtige Entscheidung über die amerikanischen und europäischen Finanzen im Gange sei.

Washington, 20. Juni.

Präsident Hoover erklärte, er habe mit mehreren Führern beider politischen Parteien über Maßnahmen gesprochen, die geeignet seien, die wirtschaftliche Wiedergeburt in den Vereinigten Staaten und dem Ausland herbeizuführen und insbesondere eine Klärung der Lage in Deutschland. Man sei sich zunächst über bestimmte Pläne schlüssig geworden. Die Art, in der die Vertreter beider Parteien an die Angelegenheit herangegangen seien, sei durchaus befriedigend gewesen.

## Frankreichs Ultimatum an Oesterreich

Feierliche Absage an die Zollunion verlangt

Frankfurt, 20. Juni.

Ueber die Vorgeschichte der unerwarteten Kredithilfe, die England für Oesterreich bereitgestellt hat, berichtet die Frankfurter Zeitung: Am 16. Juni fand ein Besuch des französischen Gesandten in Wien beim österreichischen Außenminister statt. Der Gesandte überreichte ein Schriftstück, das die Pariser Bedingungen für die Beschaffung der Kredithilfe enthielt. Um den Oesterreichern keine Zeit zum Entweichen zu lassen, wurde ein Ultimatum gestellt: Antwort bis zum Abend.

Das französische Schriftstück forderte völlige Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit.

Im einzelnen dachten sich die Franzosen die Sache folgendermaßen: Oesterreich beantragt beim Völkerbund die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung und Ordnung der österreichischen Verhältnisse. Oesterreich verpflichtet sich, die Vorschläge dieser Kommission bedingungslos anzunehmen.

Die österreichische Regierung wurde aufgefordert, nach Paris einen in säuberlichem Französisch entworfenen Brief zu schreiben, in dem sich Oesterreich die Ehre gibt, feierlich zu erklären, sich künftig jeglicher Kombinationen politischer und wirtschaftlicher Art zu enthalten, die den internationalen Status Oesterreichs ändern könnten.

Der österreichische Außenminister gab die einzig mögliche Antwort: Nein! Er dürste wohl nicht verfehlt haben, den übrigen Mächten, die sich für das Schicksal Oesterreichs interessieren, von diesem Ultimatum Kenntnis zu geben. Bevor irgend jomt jemand Zeit fand, auch nur ein Wort der Entrüstung zu sagen, schoß die Bank von England den Oesterreichern das Geld vor.

Das Kreditarrangement ist nur vorläufig und kurzfristig. Die Franzosen werden sich bemühen, sich in geeigneter Form und mit unverändertem Zweck erneut dazwischen

zu schalten. Sollten sie auch fernerhin ihren Zweck nicht erreichen, so werden sie vermutlich versuchen, den Hebel an anderer Stelle anzusetzen: an Deutschland, und dies ist auch der Grund, warum es verkehrt wäre, diesen ganzen Vorgang nicht so hell zu beleuchten, wie es möglich ist. Hier sieht man die enormen Schwierigkeiten, die uns selbst bei den kommenden Verhandlungen über reparationspolitische Entschlüsse bevorstehen.

## Bertinax bestätigt das Ultimatum

Diese Darstellung des Frankfurter Blattes wird durch einen Pariser Bericht bestätigt, den Bertinax an den Londoner „Daily Telegraph“ gegeben hat. Bertinax hebt ausdrücklich hervor,

daß die französische Regierung ihre Zustimmung zu der geplanten Anleihe in der gleichen Höhe durch französische Banken von der schriftlichen Verpflichtung der österreichischen Regierung abhängig gemacht hat, das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt aufzugeben.

Die österreichische Regierung habe sich jedoch vor einigen Tagen geweigert, diese Bedingungen anzuerkennen. Da jedoch die Anleihebedingungen vom französischen Ministerrat gebilligt worden seien, sei es nicht wahrscheinlich, daß sie abgeändert werden könnten.

Nach Ansicht des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ handelte es sich bei dem Vorschlag der Bank von England um eine rein finanzielle Transaktion ohne jeden politischen Hintergrund; auch die britische Regierung habe keinen, nicht einmal beratenden Einfluß auf die Vorschlagsgewährung gehabt. Im übrigen hält die politische Redaktion des Londoner Blattes den englischen Vorschlag an Oesterreich für „mehr als gerechtfertigt durch die Notwendigkeit, die gesamte Kreditlage in Zentraleuropa zu unterstützen, die sehr ernstlich am gefährlichsten Punkte droht war“.